



HESSISCHER LANDTAG

28. 10. 2020

Kleine Anfrage

Christiane Böhm (DIE LINKE) vom 01.10.2020

„Oktoberfest“-Werbung der Polizeilichen Beratungsstelle Frankfurt am Main und Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Das Bündnis Frauen*Streik Frankfurt am Main hat am 22. September 2020 eine Werbung der Polizeilichen Beratungsstelle Frankfurt am Main am 1. Polizeirevier dokumentiert. Dort wird unter dem Slogan „Machen Sie Ihre Wohnung Oktoberfest die dunkle Jahreszeit hat begonnen.“ (sic!) mutmaßlich für einen besseren Einbruchschutz geworben. Die Bildsprache hingegen zeigt eine Frau im Dirndl mit ausladendem Ausschnitt. Diese bildliche, aber nicht thematische Verbindung reproduziert aus Sicht der Fragestellerin klassisch sexistische Marketingstrategien, indem sexualisiert dargestellte Frauen als reiner Blickfang ohne eigentlichen Produktbezug benutzt werden.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle (E 41) des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main ist eine Service-Dienststelle für Vereine, Firmen, Behörden, Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main, die sich insbesondere zum Thema Einbruchschutz beraten lassen wollen.

Um vorbeilaufende Passantinnen und Passanten auf das kostenlose Beratungsangebot aufmerksam zu machen, gestalten die dort tätigen Beamtinnen und Beamten das Schaufenster mit möglichst interessanten und informativen Informationen, Plakaten bzw. Gegenständen. In diesem Kontext wurde das Plakat im Schaufenster der Beratungsstelle aufgehängt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie beurteilt die Landesregierung die in der Vorbemerkung beschriebene Werbung?

Das Plakat bezieht sich auf das Themenfeld Einbruchschutz. In diesem Zusammenhang ist das Wort „Oktoberfest“ als Wortspiel zu verstehen – z.B. im Monat Oktober die Wohnung Einbruchsicher zu machen. Ähnlich der Aussage: „Etwas winterfest machen“. Im unteren Bereich des Plakates befindet sich der Hinweis auf das kostenlose Beratungsangebot. Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger auf den Beginn der sog. „dunklen Jahreszeit“ und der damit verbundenen erhöhten Einbruchsfahr aufmerksam zu machen.

Frage 2. Wer verantwortet die entsprechende Werbekampagne?

Das in Rede stehende Plakat ist kein offizielles Plakat der hessischen Polizei, sondern eine Eigenkreation der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle (E41) des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main.

Frage 3. Wie viele dieser Plakate wurden gedruckt?

Das Plakat ist ein Unikat.

Frage 4. An welchen weiteren Orten wurden diese Plakate verwendet?

Das Plakat wurde in den letzten drei Jahren jeweils von Mitte September bis Ende Oktober nur an diesem Ort aufgehängt und genutzt.

- Frage 5. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Fragestellerin, dass die gewählte Darstellung der Werbebotschaft sexistisch ist?
- Frage 6. Wenn nein, warum nicht?
- Frage 7. Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?
- Frage 8. Ist es aus Sicht der Landesregierung sinnvoll, dass sich die hessische Polizei einer Vermarktungsstrategie bedient, die als sexistisch einzustufen ist?
- Frage 9. Ist die Polizeiliche Beratungsstelle Frankfurt am Main der Auffassung, dass insbesondere Frauen von einer solchen Vermarktungsstrategie erfolgreich angesprochen werden, um sie zu einem Beratungsgespräch zu animieren?

Die Fragen 5 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die hessische Polizei steht für Anerkennung, Wertschätzung, Offenheit und Gleichbehandlung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die bei der Fragestellerin durch die Darstellung der mit einem Dirndl bekleideten Frau entstandene Eindruck einer sexistischen Werbebotschaft ist zu keinem Zeitpunkt durch die handelnden Polizeibediensteten beabsichtigt gewesen. Ziel der polizeilichen Beratungsstelle Frankfurt am Main war es, alle Bürgerinnen und Bürger auf die dunkle Jahreszeit und der damit verbundenen erhöhten Einbruchsfahr aufmerksam zu machen sowie zugleich das Beratungsangebot sowie die Beratungshinweise der Polizeilichen Beratungsstelle Frankfurt am Main aufzuzeigen.

Wiesbaden, 20. Oktober 2020

Peter Beuth